

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Altkönig

Abzugspreis einschließlich Frangolohn monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6500.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2500.— M., Einzelnummer 300.— M., Sonnabendnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 700.— M., auswärts 800.— M., die 3spaltige Reklamezeile 800.— M., auswärts 900.— M., Ausland 3500 u. 12000 M. bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 500 M.

Nr. 146

Dresden, Dienstag den 26. Juni 1923

34. Jahrg.

Wie lange noch, Herr Reichskanzler?

Ein Attentat und seine Schulbigen — Bestialische Verbrechen der Hatentkruizer — Was tut die Reichsregierung? Nichts!

In Berlin ist eine neue Verhörororganisation entdeckt worden, in Münster, also am Rande jenes Gebietes, wo die sozialdemokratische Arbeiterkraft in der Abwehr gegen den französischen Militarismus steht, hohen nationalistischen Banditen das Druckereigebäude uneres Parteiblattes in die Luft gesprengt. In Preußen gehen Mordbuben mit Dolch und Revolver und großkapitalistischen Geldern in der Tasche einher, um Severing zu morden. In den politisch nicht korruptierten Kreisen Bayerns herrscht totes Beklemmung, teils Empörung ob des stinkenden nationalistischen Stumpfes, der im Münchner Sonderprozess Fuchs-Machhaus aufgedeckt wurde. Und in Sachsen schreiben sich reaktionäre Schmieranten die Finger wund, damit der Ministerpräsident Dr. Seigener täglich ein paar Dutzend Dred- und Drohbriefe auf seinem Tische vorfindet — die, nach Berücksichtigung gerichtsnotorischer „böhschen“ Myster, durch die Dank anonymer sind.

Was tut die Reichsregierung? Was tun die bürgerlichen Parteien? Was sagt die bürgerliche Presse? Die Reichsregierung „wartet ab“. Die auf republikanischen Boden stehenden bürgerlichen Parteien haben sich noch nicht einmal dazu aufgefunden, die sozialdemokratische Forderung nach Republikanisierung der Reichswehr praktisch zu unterstützen. — Von den dunklen Männen der reaktionären Parteien nicht zu reden. Die auf republikanischen Boden stehende Presse begnügt sich damit, die nicht abbreifenden Entwürfungen aus dem nationalistischen Stumpf zu bringen und tiefer zu hängen, ohne die ihnen nächststehenden Parteien zum Durchgreifen zu bringen. Und in Sachsen hat die bürgerliche Presse nichts Besseres zu tun, als sich spaltenlang über eine vom Genossen Feigener in Klantz gehaltene Rede zu entleeren, in der zur faschistischen Gefahr, zu der kritischen innen- und äußeren Lage Deutschlands, zu der Frage des passiven Widerstandes und der deutschen Verhandlungsbereitschaft Besondere entwidelt werden, die ein längst bekanntes Gemeinut der gesamten Sozialdemokratie sind.

Als Rathenau vor einem Jahre ermordet wurde, legten alle republikanischen Parteien an der Spitze des Landes das Gebotnis ab, in Zukunft mit mehr Entschiedenheit die Interessen der Republik zu verteidigen, insbesondere aber den Schutz des Staates von heute vorzunehmen. Die einzelne Kolae dieser Willensäußerung war das Geles zum Schutze der Republik, dessen Sanftmachung in den ersten Monaten nach der Verabschiedung unter dem Eindruck der fürchterlichen Mordtat durch die Gerichte im allgemeinen befriedigte, später aber bereits Proteste hervorrief. Allzu schnell war die ungeheuerliche Mordtat vergessen worden, das republikanische Deutschland lebte in seiner Harmlosigkeit und Gutmütigkeit weiter und ließ mit Lammesgeduld in der Öffentlichkeit eine Verehrung der Mordtat nach der andern durch die verbrecherischen Geheimorganisationen über sich ergehen. Das Ergebnis ist, daß wir uns heute in dem gleichen Zustand der moralischen Verheerung befinden, die zu der schrecklichen Tat auf Rathenau führte. Der Rathenauhebe von ebendem ist eine systematische Hege gegen sozialistische Minister erfolgt, weil die Feinde der Republik in ihnen die stärkste Stütze der Republik sehen.

Der Hauptbetätigungsgebiet haben die organisierten Abenteurer jetzt in das Ruhrgebiet und an dessen Grenze verlegt. Den Ruhrkampf gegen den sich die Arbeiterkraft des Westens trotz allen Entbehrungen und Opfern entschieden zur Abwehr stellt, benutzen sie als Gelegenheit, die infame nationalistische Mordhege mit verstärkter Kraft zu betreiben und aus dem Unglück uneres Vaterlandes zum eigenen Nutzen Vorteile zu ziehen. Für sie ist die Abwehr an der Ruhr lediglich Stütze zur Vorbereitung eines neuen Gewaltplanes gegen maßgebende Persönlichkeiten der Republik, wie überhaupt gegen alles, was im Verdacht der republikanischen Gewinnung und der republikanischen Interessensvertretung steht. Dafür werden sie gekauft und bezahlt, dafür erhalten sie die Unterstützung der deutschnationalen Partei sowie einer Landesregierung. Nur weil sie sich dieser Unterstützung und der allgemeinen Demoralisation weiter Kreise als Folge des Krieges bewußt sind, weil sie glauben, die Zeit zu einem aktiven Angriff gegen Republik und Arbeiterklasse sei gekommen, deshalb die verstärkte Hege und der verstärkte Ruf zu Attentaten, wie das in Münster.

Die Verantwortlichen für dieses Verbrechen, das ernste politische Scheitern hat, tragen in erster Linie die böhschen Organisationen, die zwar verboten, aber dennoch ihre geheimen Kommandos und geheimen Birkel weiterführen, und in indirektem Sinne auch die deutschnationalistische Partei. Statt vor den wohnsinnigen Mordtaten und Attentaten zu warnen, fordern diese Organisationen geradezu dazu auf, oder unterstützen sie direkt und indirekt. Und die deutschnationale Presse? Nicht ein Wort vernimmt man in ihr gegen das verbrecherische Treiben der Gese und Bunde. Der deutschnationale Hochkommande Graf Westarp bleibt die einzige Verbindungsmann seiner Partei zu den deutschnationalen und agrarischen Kreise bringen die Mittel auf, von denen die Mordorganisationen leben. Die vielfachen Waffensunde auf dem Lande, Bekämpfung der Hochbäckerei als Landarbeiter und die ge-

heime Aufnahme der Rathenau-Mörder während der Flucht im August des vergangenen Jahres beweisen am besten, wo die Stützen der moralischen Verheerung und Verwilderung leben: in unsern „nationalen Kreisen“!

Speziell für den Vorfall in Münster trägt auch die Reichsregierung in gewissem Grade Schuld. Seit Wochen versuchen die Mordorganisationen, den passiven Widerstand an der Ruhr durch einen offenen Widerstand zu ersetzen und treffen zu diesem Zweck in den Grenzgebieten bestimmte Vorbereitungen. Was aber macht die Reichsregierung? Herr Cunow reist im Lande herum, hält große Reden, aber sein Wort findet er gegen das „nationale“ Verbrechen, sein Wort für die Republik. Diese Zurückhaltung gegenüber einem Verbrechertum, das zu bekämpfen in erster Linie Pflicht des Staates ist, hat innerhalb der Arbeiterkraft mit gutem Recht großen Unmut hervorgerufen. Das Schweigen der Regierung bei allen Missetaten geborener Abenteuerer mußte die Ermütigung zu neuen Attentaten steigern, heißt es doch sogar, daß sich bestimmte Regierungskreise für das Wohl verhaltener Verbrecher ausgesprochen haben. Ist es richtig, Herr Reichskanzler, schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsklub, daß auf Geheiß einer hohen Reichsstelle vor wenigen Wochen ein Beamter nach Münster entsandt wurde, um dort die Postentlastung mehrerer Personen zu veranlassen, die bei einem Dynamittransport von nicht geringem Umfange ertappt und verhaftet wurden? Wenn das nicht zutreffen sollte, was wir wünschen möchten, warum, Herr Reichskanzler, unterlassen Sie dann jeden öffentlichen Hinweis auf die Demoralisation der Reichswehr, und warum vermeiden Sie peinlichst jedes Verteidigungswort für den um die Abwehr an der Ruhr so verdienten Staatsminister Severing, während Sie doch sonst auf eine Zusammenarbeit mit den Regierungen der Länder angeblich äußerst großes Gewicht legen?

Die Arbeiterkraft verlangt jetzt eine klare Stellungnahme der Reichsregierung, insbesondere des Reichskanzlers, zu den Sabotageakten und zu der von uns klar formulierten Frage: Wir denken nicht daran, den Bombenkampf, der in Münster gegen unsre Partei eröffnet wurde, ruhig hinzunehmen! Wenn man den Kampf herausfordert, dann soll man ihn haben, wenn auch mit andern Mitteln. Durch die Passivität der Reichsregierung ist die Republik heute zweifellos mehr denn je bedroht! Das Attentat in Münster war das beste Signal für die bestehende Gefahr für die Republik, gleichzeitig aber auch die beste Mahnung für die Arbeiterkraft, auf der Hut zu sein, wenn die Partei ruft.

Deutschböhsches Dynamitattentat

Münster, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auf das Druckereigebäude uneres Parteiblattes, den Volkswillen, ist in der Nacht zum Sonntag gegen 3 1/2 Uhr ein Dynamitattentat verübt worden. Das Gebäude, vor allem der Raschinen- und Sekersaal, wurde vollständig zerstört. Der Volkswille kann deshalb in der eigenen Druckerei nicht mehr hergestellt werden, ebensowenig die bisher hier gedruckten Parteiblätter für Ham m und E m d e n. Es wird inzwischen mit andern Druckereien darüber verhandelt; sie fürchten jedoch, wenn sie das Arbeiterblatt drucken, ebenfalls in die Luft gesprengt zu werden. Menschen sind bei dem Attentat nicht verletzt worden. Die Nachforschungen nach den Tätern sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Münster, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Sprengung wurde in der Nacht, etwa um 3.20 Uhr, vorgenommen. Etwa fünf bis sechs nationalistische Banditen mußten daran beteiligt gewesen sein und etwa zehn Kilogramm Dynamit oder Ammoniakpulver verwendet haben. Was durch die Sprengung an Maschinen, Gebäuden, an Ergumaterial und Papier nicht verdorben wurde, verbrannte. Die Feuerwehr und die Schutzpolizei waren pünktlich zur Stelle, zu retten war allerdings nichts mehr.

Überpräsident Gronowitsch und der Oberbürgermeister drückten dem Druckereileiter persönlich ihre größte Empörung aus. Ersterer sagte wörtlich: „Und diese Leute wollen Deutschland retten? Ich komme, um meinen tiefsten Abscheu und Ekel über dieses gemeine Attentat auszudrücken. Im vorigen Jahre wurde am Johannistage Rathenau ermordet, und heute geschieht dieses schandvolle Verbrechen. Ich erwarte von der Polizei, daß sie nicht unterläßt, um die Täter zu fassen.“ Große Empörung herrscht in der Bevölkerung. Man erwartet, daß die Regierung mit den schärfsten Mitteln sofort gegen den Mordtäter von heiligen Entschloßungen vorgeht, daß nicht dem Oberpräsidenten die Hände gebunden werden. Nur die durch ein Wunder hat sich der 70 Jahre alte Wächter aus dem zusammenstürzenden Gebäude retten können. Im Vorderbaue schliefen zwei Familien mit kleinen Kindern. Eine etwas größere Sprengladung, und auch sie wären verloren gewesen. In der Nachbarschaft sind fast sämtliche Fenster Scheiben eingedrückt.

Fememord der Hatentkruizer in Mecklenburg

Auf Grund von Mitteilungen, die der Sozialdemokratie zugegangen waren, ist es gelungen, einen am 31. Mai in Parchim (Mecklenburg) von den dortigen deutsch-

böhschen Hochbäckerei begangenen Gememord restlos aufzuklären und die Täter zur Verhaftung zu bringen. Auf den mecklenburgischen Gütern sind zahllose Angehörige der Arbeitsgemeinschaft Hochbäck als Land- und Hülsele- arbeiter untergebracht, die streng militärisch organisiert der Hochbäckerei in Wannsee unterstehen und alle gleichzeitig Mitglieder der in Mecklenburg noch nicht aufgelösten deutschböhschen Freiheitspartei sind. Ein früherer Oberleutnant Radow wurde von den Parchimer Hochbäckereien der Spionage und geheimen Beziehungen zu den Kommunisten bezichtigt. Bei einer günstigen Gelegenheit wurde Radow deshalb in Parchim in ein Strafgefangnis verwickelt, unter Hülsele- nahme von zirka 25 von den umliegenden Gütern schleunigst herbeigezogenen Hochbäckereien vollständig betrunken gemacht.

Die Kommandos, die angeblich nur die Absicht gehabt haben, Radow einen Denzettel auszuweisen, verwickelten den befinnungslos Betrunknen in der Nacht auf einem Jagdtreiben in die Umgebung. Dort wurde er mit Gummiknüppeln und Baumstämmen vollständig erschlagen, der Schädel eingetrichtert und der dann vollständig Wehrlose durch Abschneiden der Kehle und Erstickung mit einer Armeepistole ermordet. Die bestialisch zugerichtete Leiche — mit Stiefelablägen war das Gesicht zertreten — wurde dann am andern Morgen in einer Waldschonung nahe der Parchim- Cuxperther Chaussee vercharrt.

Die Leiter der Parchimer deutschböhschen Ortsgruppe, ein gewisser Masolle und ein Fabrikant Theo v. Harst, sind wieder freigelassen, weil sie behaupteten, von der beschriebigen Ermordung nichts gewußt zu haben. Von den am Morde Beteiligten sind 5 bereits festgenommen, darunter zwei Haupttäter. Die Leiche des Ermordeten konnte am Sonntag im Weisem des Staatsanwaltes ausgegraben werden. Die weitere Untersuchung liegt in der Hand des mecklenburgischen Staatsanwaltes. Die Ermordung selbst ist in allen Einzelheiten vollständig aufgeklärt. Die weitere Untersuchung muß die Zusammenhänge zwischen der Mordgeschehnisse und der deutschböhschen Leitung sowie der Wannsee-Zentrale noch aufklären.

Der deutschböhsche Mord an Baur

München, 25. Juni. (Eig. Drahtb.) Die Ermordung des Karl Baur aus Wismar, der nach im Februar d. J. Privatsekretär des Tscheta-Hauptlings Ruge war, scheint nunmehr aufgeklärt zu sein. Baur wurde bekanntlich am 27. März in der Nähe von Freising mit einer schweren Schußverletzung am Kopf als Leiche aus der Niar gezogen. Amtlich wird mitgeteilt, daß es den Nachforschungen der Münchner Polizei am letzten Freitag den 22. Juni, abends, gelungen ist, den Mörder festzunehmen. Es handelt sich um den 24 Jahre alten in Geroldsdorf (Franken) geborenen und in München wohnhaften Stubenbater der Volkswirtschaft Gustav Zwengauer. Heute hat nun der Verhaftete zugestanden, daß er den wohlbekannten Baur in der Nacht zum 19. März, zwischen 12 und 2 Uhr nachts, in der Widemauerstraße erschossen habe. Die Leiche habe er kurz darauf über die Uferböschung in die Niar geworfen.

Über die näheren Umstände der Tat und ihre Beweggründe verweigert die Polizei einweilen weitere Auskünfte, da in dieser Angelegenheit noch weitere Aufklärung notwendig ist. Die Kunde des Mörders, daß er in Notwehr gehandelt habe, ist zweifellos unrichtig. Selbst amtliche bayerische Stellen nehmen an, daß es sich um einen politischen Mord handelt.

Wir vermissen in dem amtlichen bayerischen Bericht den Hinweis, daß sich mit dieser neuesten Feststellung die endlosen Verdächtigungen des bayerischen Justizministeriums gegen den im April d. J. wegen des Verdachts der Ermordung Baur verhafteten, später aber gegen eine Kaution von 5 Millionen Mark aus der Haft entlassenen Korrespondenten des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes, Kuttkammer, als vollkommen frivolo heraufgestellt haben. Nach der Auffklärung des Mordes an Baur dürfte heute feststehen, daß die Verhaftung Kuttkammers aus rein politischen Gründen erfolgt ist: Die faschistische Reme wollte auf hier einen Gegner, der gefährlich schien, mundtot machen.

Beschlagnahme der Ruhrkohlenlager

Paris, 25. Juni. (W. I. A.) Wie die Agentur Dabos aus Düsseldorf berichtet, hat der Oberkommandierende der Besatzungstruppen eine neue Verordnung erlassen, wonach alle Kohlenlager im besetzten Gebiet, deren Ausbeutung die französisch-belgische Kontrollkommission für notwendig erachtet, beschlagnahmt werden. Den Direktoren der Fabriken und Bergwerke wird nicht mehr gestattet, den Kohlenvorräten irgend etwas zu entnehmen. Ausnahmen können nur mit besondrer Genehmigung gestattet werden. Bei Zuwiderhandlung gegen die Verordnung sowie für den Fall, daß den französisch-belgischen Kontrollstellen, oder Ueberwachungsorganen Hindernisse in den Weg gelegt werden, soll Geldstrafe von mindestens hundert Millionen Mark sowie Gefängnis bis zu fünf Jahren ober eine dieser beiden Strafen verhängt werden.